



Antwort zur Anfrage Nr. 1109/2018 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend **GFZ-Kaserne (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Ist es richtig, dass am 14. März 2018 ein Telefonat zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Stadtverwaltung Mainz stattgefunden hat?**
- 2. Was war der Inhalt des Telefongesprächs vom 14. März 2018?**

Zu 1. und 2.

Es ist richtig, dass Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernent Christopher Sitte initiativ Kontakt zum Bundesverteidigungsministerium aufgenommen hat und es am 14. März 2018 ein Telefonat zwischen Dezernent und Bundesverteidigungsministerium, Referat IUD I 4, gab.

Anlass war die Bitte des Dezernenten an das Ministerium zu prüfen, ob das GFZ-Gelände schon vor 2019 geräumt werden könne. Und, wenn dies nicht möglich sei, zu prüfen, ob zumindest weitere Teilflächen vorzeitig der Stadt/GVG zur Verfügung gestellt werden könnten, um dem großen Expansionsdruck des Unternehmens Biontech entgegen kommen zu können.

Dem Dezernenten wurde seitens des BMVg mitgeteilt, dass eine vorzeitige Räumung der GFZ-Kaserne nicht stattfinden könne, da es zu Verzögerungen bei den Baumaßnahmen in der Kurmainz-Kaserne in Mainz-Hechtsheim gekommen sei, aber dass man bemüht sei, den Räumungstermin 2019 einzuhalten. Dass durch die Bauverzögerung die Räumung der GFZ-Kaserne Ende 2019 nicht möglich sein werde, wurde in diesem Gespräch seitens des BMVg ausdrücklich nicht erwähnt!

Der Dezernent bot an, sofern der genaue Flächenbedarf bekannt sei, interimsmäßig bei der Anmietung von Büroflächen außerhalb der Kaserne zu unterstützen, um eine vorzeitige Räumung zu ermöglichen.

Der Wirtschaftsdezernent hat weiterhin telefonisch den Kontakt mit dem Land Rheinland-Pfalz aufgenommen, um auf die Zwänge und Nöte der Stadt Mainz, die im Zusammenhang mit dem rund neun Hektar großen Areal stehen, und auf den Expansionsdruck von Biontech aufmerksam zu machen. Darüber hinaus hat der Dezernent gebeten, dass das Land alle möglichen Maßnahmen ergreift, um die Räumung der GFZ-Kaserne zu beschleunigen.

- 3. Wann hat Wirtschaftsdezernent Christopher Sitte Oberbürgermeister Michael Ebling über das Telefonat und dessen Inhalt informiert?**

Am 11. April 2018 fand ein gemeinsames Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister, dem Finanzvorstand von Biontech und dem Wirtschaftsdezernenten bei Biontech statt. Im Rahmen dieses Gesprächs unterrichtete der Dezernent die Beteiligten über den Inhalt des Telefonats mit dem Bundesverteidigungsministerium.

4. Welche Gründe gab es gegebenenfalls, den Oberbürgermeister, den Stadtvorstand, den Ältestenrat und die einschlägigen Ausschüsse nicht zu informieren?

Der Wirtschaftsdezernent hat den Oberbürgermeister informiert. (siehe 3.) Allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt keinen neuen Sachstand betreffend der Freigabe der GFZ-Kaserne zu besprechen (s.o.) und somit auch keine Gremien zu informieren. Der neue Sachstand zur Räumung der GFZ-Kaserne wurde nicht mit der Stadt Mainz kommuniziert und wurde erst am 1. Juni 2018 über die Allgemeine Zeitung Mainz bekannt.

5. Wie soll ein solches etwaiges Informationsdefizit künftig vermieden werden?

Es gab und gibt innerhalb der Stadt Mainz kein Informationsdefizit. Wohl aber zwischen Bundesverteidigungsministerium und Stadt. So ist es als sehr unglücklich zu bewerten, dass die Nachricht über die Nichteinhaltung des Räumungstermins für die GFZ-Kaserne durch das Bundesverteidigungsministerium nicht zunächst der Verwaltung, sondern zuerst der Presse mitgeteilt wurde.

6. Wann hat Wirtschaftsdezernent Christopher Sitte bzw. die Verwaltung zu diesem Thema Kontakt zum rheinland-pfälzischen Finanzministerium aufgenommen?

Zeitnah nach dem Gespräch mit dem Bundesverteidigungsministerium fand vor Ostern ein Telefonat mit Dr. Stephan Weinberg, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, zu dieser Thematik statt.

7. Welche Antworten hat Wirtschaftsdezernent Christopher Sitte bzw. die Verwaltung in dieser Frage vom Finanzministerium des Landes erhalten und welche Schritte sollten erfolgen?

Das Finanzministerium hat an die Mitteilung des LBB vom März 2017 über Verzögerungen im Bereich von Monaten erinnert.

8. Warum zeigte sich Oberbürgermeister Michael Ebling laut Presse über eine Verzögerung der Freigabe verwundert, obwohl das Bundesverteidigungsministerium die Verwaltung bereits im März 2018 über die Verzögerungen bei den Baumaßnahmen in der Kurmainz-Kaserne informiert hatte und somit klar wurde, dass eine Freigabe bis Ende 2019 voraussichtlich nicht einzuhalten ist?

s.o., Antwort zu 1., 2. und 4.: Dass die Räumung der GFZ-Kaserne tatsächlich aufgrund von Verzögerungen beim Umbau der Kurmainz-Kaserne verschoben wird, wurde seitens des Bundesverteidigungsministeriums nicht kommuniziert.

9. Wenn der Oberbürgermeister keine Ahnung von der Verzögerung gehabt haben sollte, wieso hat er dann auf eine Rückfrage der Presse hin massiv das Bundesverteidigungsministerium angegriffen, dies ohne eigene Sachprüfung?

Bereits mit Schreiben vom 13. Dezember 2001 hat das Bundesministerium der Verteidigung grundsätzlich entschieden, die Generalfeldzeugmeister-Kaserne aufzugeben. In diesem Zusammenhang sind die nach dieser Grundsatzentscheidung immer wieder genannten und nicht gehaltenen Schließungszeitpunkte seitens der Bundeswehr und des Bundesministeriums der Verteidigung zu erwähnen.

Die Räumung wurde zunächst für Ende 2005 avisiert.

In der Folge wurde in einem Schreiben der Spitze des Bundesministeriums der Verteidigung aus dem Februar 2009 eine komplette Freigabe der GFZ-Kaserne für 2014 in Aussicht gestellt. Der Chef des Bundeskanzleramts hat im Jahr 2016 die Rückgabe der GFZ-Kaserne für 2019 vorgesehen.

Dieser Zeitpunkt - siehe auch die Antwort zu 14. und 15. - wurde durch die Bundesministerin der Verteidigung im April vergangenen Jahres nochmals bekräftigt, bevor nunmehr die erneute Verschiebung auf das Jahr 2022 genannt wurde.

Wenn sich der nach der ersten Mitteilung über die Schließung der GFZ-Kaserne einsetzende Prozess über mehr als zwei Jahrzehnte erstreckt, ist dies selbstverständlich kritikwürdig. Die geäußerte Kritik ist daher angebracht und bleibt aufrechterhalten.

10. Wieso hat der Oberbürgermeister wenige Tage später erneut ohne Sachprüfung die Sorge verbreitet, der Standort eines auf dem GFZ Areal befindlichen Unternehmens könnte gefährdet sein?

Im Umfeld der GFZ-Kaserne haben sich mehrere Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie angesiedelt. Eines dieser wirtschaftlich äußerst innovativen Unternehmen, das erst vor ca. zehn Jahren gegründet wurde, aber bereits heute fast 800 Mitarbeiter - darunter überwiegend hoch mobile internationale Fach- und Spitzenkräfte - in Mainz beschäftigt, ist an die Landeshauptstadt Mainz herangetreten und hat seinen Wunsch kommuniziert, am Standort zu expandieren.

Dieses ernsthafte Anliegen wird u.a. durch Finanzmittel von Investoren in dreistelliger Millionenhöhe gestützt.

Sollte eine räumliche Erweiterung nicht möglich sein, ist angesichts der bisherigen rasanten Expansion des Unternehmens eine Abwanderung oder Teilverlagerung nicht ausgeschlossen.

11. Bestehen ernsthafte begründete Bedenken, dass der Standort dieses Unternehmens wegen der Verzögerung gefährdet sein könnte?

Da naturgemäß nicht unmittelbar nach Freigabe der Kaserne bereits fertiggestellte Büro- und Laborflächen zur Verfügung stehen können, verzögert sich durch die vom Bundesverteidigungsministerium erst für 2022 avisierte spätere Freigabe auch die

folgende weitere Entwicklung des Gebiets um mindestens den identischen Zeitraum. Die Planungen der Landeshauptstadt Mainz waren bisher verbindlich auf den kommunizierten Freigabezeitpunkt 2019 ausgerichtet, u.a. hat der Stadtrat Ende vergangenen Jahres einen überarbeiteten Rahmenplan für das Kasernenareal beschlossen, auf dessen Basis derzeit ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt wird.

Sollten derzeit noch vorhandene knappe Gewerbeflächenreserven nicht mehr ausreichen und diese Reserven durch die verzögerte Freigabe mittelfristig auch nicht mehr erweitert werden, kann der Standort gefährdet sein. Bereits jetzt gibt es großes Interesse aus dem Ausland, das Unternehmen dorthin zu verlagern. Dies gilt es aus Sicht der Stadt Mainz unbedingt zu verhindern, da Biontech ein herausragendes Leuchtturmunternehmen in Rheinland-Pfalz ist. Wie positiv sich das Unternehmen und der Standort entwickelt haben, lässt sich im bundesweit erscheinenden Nachrichtenmagazin Focus, Ausgabe 22/2018, nachlesen.

Die Expansionsfähigkeit von zukunftssträchtigen Biotechnologieunternehmen, gerade im Bereich der individualisierten Medizin, ist weltweit rasant - so führt beispielsweise auch die Bundesregierung diesen Themenkomplex in ihrer offiziellen Hightech-Strategie.

12. Wie werden die Bedenken sachlich begründet?

s.o., Antworten zu 10. und 11.

13. Wann hat die städtische Grundstücksverwaltungsgesellschaft (GVG) von der BlmA eine Teilfläche des Geländes der GFZ-Kaserne erworben und wie wurde damit bisher verfahren und wie soll die Fläche verwendet werden?

Die Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH hat seit 2011 ungenutzte, brachliegende Teilflächen des Kasernengeländes, die von der Bundeswehr bereits aus der militärischen Nutzung entlassen wurden, erwerben können, um die o.g. Expansion der Unternehmen der Biotech-Branche zu ermöglichen.

Um die Erfolgsgeschichte dieser Unternehmen weiter zu unterstützen, ist die Freigabe und Entwicklung weiterer Flächen zukünftig nötig.

14. Wer hat sich im Jahre 2017, angeblich im April, bereits bindend verpflichtet, das GFZ Areal im Jahre 2019 freizugeben und der Stadt Mainz oder deren Tochtergesellschaft zu welchen Konditionen zur Verfügung zu stellen?

15. Welchen Wortlaut hat dieses Schreiben?

Zu 14. und 15.: Die vielfältigen „Wasserstandsmeldungen“ des Bundes sind bereits in den vorstehenden Antworten aufgeführt.

Das Schreiben vom 04. April 2017 der Bundesministerin der Verteidigung an die Stadt Mainz verweist auf eine Realisierungsplanung aus dem Jahr 2012, die das Jahr 2019 als "voraussichtlichen Übergabetermin an die BlmA" nennt und somit vorangegangene Mitteilungen des Bundes bekräftigt.

16. Hält die Verwaltung ihre Verhaltensweise im Hinblick auf das Interesse der Stadt an der Übertragung von Eigentum am GFZ Areal und / oder Housing Area für förderlich oder gar zielführend?

Die Verwaltung sowie die städtischen Tochtergesellschaften führen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben konstruktive Gespräche über den Erwerb der GFZ-Kaserne und, so geübte Praxis, über den Erwerb verschiedener anderer Flächen im Bundeseigentum.

Mainz, 13.06.2018

gez. Michael Ebling

Michael Ebling
Oberbürgermeister